WP-04 Ein Land der Solidarität

| | |
|---|---|
| Gremium: | Landesvorstand NRW |
| Beschlussdatum: | 01.10.2026 |
| Tagesordnungspunkt: | 4. Programm zur Landtagswahl 2027 |

## Antragstext

Für uns beginnt Solidarität mit der Überzeugung: Niemand wird in NRW allein gelassen, egal ob es um Miete, Gesundheit, Arbeit oder ein selbstbestimmtes Leben mit Behinderung geht. Wir richten unsere Politik danach aus, was Menschen wirklich brauchen, um gleichberechtigt durchs Leben zu kommen: bezahlbares Wohnen, faire Löhne, gute Gesundheitsversorgung und echte Teilhabe.

Wir wissen: Armut entsteht nicht im luftleeren Raum. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden mit darüber, welche Chancen Menschen haben und wie gut sie in schwierigen Situationen aufgefangen werden. Deshalb setzen wir dort an, wo Menschen im Alltag Unterstützung am dringendsten brauchen; bei Alleinerziehenden, bei Familien mit wenig Geld, bei Menschen, die wohnungslos sind oder zu werden drohen. Und wir sorgen dafür, dass Hilfe nicht an bürokratischen Zuständigkeiten scheitert, sondern Menschen verlässlich erreicht.

Zu einem solidarischen NRW gehört bezahlbares Wohnen für alle, ob zur Miete oder im Eigentum. Dazu gehören Löhne, von denen man leben kann, und sichere Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine wohnortnahe und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Und dazu gehört Inklusion, die nicht über Menschen mit Behinderung entscheidet, sondern mit ihnen.

Wir wollen ein Land, in dem Nachbarschaften zusammenhalten, Generationen sich gegenseitig stützen und niemand mit seiner Notlage allein bleibt. Aus dieser Überzeugung heraus machen wir seit fast fünf Jahren Regierungsarbeit: Wir haben die Wohnraumförderung deutlich ausgeweitet, das Tarifentgeltsicherungsgesetz eingeführt und Kinder gezielt vor Armut geschützt. Daran wollen wir anknüpfen in den nächsten 5 Jahren: mit mehr bezahlbaren Wohnungen, einem starken sozialen Netz und verlässlicher Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird. Denn ein solidarisches NRW gibt allen Menschen die Chance, selbstbestimmt und in Sicherheit zu leben.

## Wir sichern ein Leben ohne Armut

### Armut spürbar reduzieren

Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW ist ein Land, in dem kein Mensch in Armut leben muss. Wir wollen Menschen darin stärken, selbstbestimmt Wege aus der Armut zu finden, und sie dabei verlässlich unterstützen. Armut gemeinsam zu überwinden heißt, an die Fähigkeiten und Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihre Anstrengungen Früchte tragen können. Armut ist dabei meist kein individuelles Versagen, sondern entsteht durch Schicksalsschläge, fehlende Chancen und ungerechte Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen wollen wir

gemeinsam mit Wohlfahrtspflege, Kommunen, Gewerkschaften und den Betroffenen selbst verändern.

Wer mit wenig Geld lebt, weiß, wo Sozialpolitik gut wirkt und wo nicht. Trotzdem werden Armutsbetroffene selten gehört. Wir schaffen eine dauerhafte zentrale Struktur für Menschen mit Armutserfahrung und entwickeln landesweite Leitlinien zur Beteiligung Armutsbetroffener in kommunalen Entscheidungsprozessen, die über ihren Alltag vor Ort entscheiden.

Über Familienzentren in Kitas und Grundschulen, Frühe Hilfen und Kita-Sozialarbeit wollen wir von Armut betroffene Familien auch dabei niedrigschwellig unterstützen, finanzielle Hilfen zu beantragen. Insbesondere Alleinerziehende, darunter meist Frauen, haben ein größeres Armutsrisiko. Deshalb wollen wir sie besonders unterstützen. Die Fachstelle Alleinerziehende werden wir weiter fördern.

Wer in eine finanzielle Notlage gerät, darf nicht allein gelassen werden. Wir stehen für den Zugang zu einer kostenlosen Schuldner- und Verbrauchsinsolvenzberatung aus einer Hand. Auch Menschen, die noch nicht überschuldet sind, bei denen die Überschuldung aber absehbar ist, sollen beraten werden können. Wir teilen die Zielsetzung des Schuldnerberatungsdienstegesetzes des Bundes, mit dem die Schuldnerberatung für neue Zielgruppen geöffnet wird, und wollen das Angebot entsprechend ausweiten.

## Armut vor Ort bekämpfen: Sozialplanung und Energiearmut

Ob Unterstützung ankommt, entscheidet sich ganz konkret vor Ort. Wer in Armut oder mit Einschränkungen lebt, hat oft nicht die Zeit, das Geld oder die Mobilität für lange Wege zu Beratungsstellen. Deshalb bauen wir die landesweite Unterstützung für eine integrierte kommunale Sozialplanung aus. Sie führt soziale und räumliche Daten zusammen und ermöglicht den Kommunen, zielgenau zu erkennen, wo Familien Unterstützung brauchen, statt wie bisher Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Mit einer neuen Landesstrategie “Energiearmut und Klimaanpassung” legen wir zudem das Programm „NRW bekämpft Energiearmut“ neu auf. Wir wollen Nachbarschaften ermuntern, gemeinsame Energieprojekte zur Kostensenkung in ihrem Wohnviertel umzusetzen. Bestehende Energieberatungsangebote richten wir deshalb stärker auf Nachbarschaft und Wohnviertel aus und fördern gezielt Maßnahmen, die einkommensschwache Haushalte vor Hitze und steigenden Energiekosten schützen.

Wer beim Öffnen der Stromrechnung zuerst überlegen muss, welche andere Ausgabe dafür warten kann, lebt unter ständigem finanziellem Druck. Damit Beratungs- und Förderangebote für Mietende auch tatsächlich bei Menschen mit niedrigem Einkommen ankommen, schaffen wir niedrigschwellige Energie-Beratungsangebote in der Nachbarschaft. Mit ihnen schaffen wir das Angebot von verlässlicher Begleitung vor Ort, die Einspar- und Fördermöglichkeiten aufzeigt und den Kontakt zu qualifizierten Fachstellen herstellt.

Wir wollen, dass Mieter*innen noch mehr von der Energiewende profitieren. Von Landesseite fördern wir sozial ausgerichtete Mieterstromprojekte. Insbesondere wollen wir dabei einkommensschwache Mieter*innen unterstützen, damit günstiger Solarstrom vom eigenen Dach direkt bei den Bewohner*innen ankommt.

### Kinder und Jugendliche vor Armut schützen

Wer als Kind eine Geburtstagseinladung ausschlagen muss, weil das Geld für ein Geschenk fehlt, erlebt früh, was es bedeutet, nicht dazuzugehören. Armut bedeutet für Kinder und Jugendliche häufig: weniger soziale Teilhabe, schlechtere Bildungschancen und weniger Möglichkeiten, eigene Interessen und Talente zu entfalten. Armut in der Kindheit kann sich dadurch bis ins Erwachsenenleben fortsetzen. Mit einer besseren Ausstattung von Programmen wie “kinderstark - NRW schafft Chancen” wollen wir weiter die strukturellen Folgen von Armut bekämpfen und Jugendhäuser sowie niedrigschwellige Angebote finanziell und personell besser aufstellen. Junge Menschen aus der stationären Jugendhilfe sind bei Erreichen der Volljährigkeit besonders gefährdet. Hier brauchen wir ausreichend ausgestattete, gut begleitete Übergänge in ein selbstständiges Leben und die Möglichkeit, auch nach einem gescheiterten Übergang unkompliziert wieder Jugendhilfe zu erhalten. Wir lassen keinen jungen Menschen allein.

## Wir machen Wohnungspolitik für alle

### Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

Bezahlbares Wohnen ist zur zentralen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Die Miete verschlingt immer größere Teile des Einkommens, bei vielen bleibt am Monatsende kaum noch Geld für Lebensmittel, Bildung und Teilhabe. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein echtes kommunales Vorkaufsrecht zum Verkehrswert gibt Städten und Gemeinden endlich die Möglichkeit, dem Höchstgebot etwas entgegenzusetzen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bleiben für uns die zentralen Akteure einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik, denn sie garantieren nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht, sondern auch, dass er günstig bleibt.

Die öffentliche Wohnraumförderung haben wir in den vergangenen Jahren stark erhöht und beispielsweise 2025 rund 2,4 Milliarden Euro Fördervolumen für bezahlbares Wohnen bereitgestellt. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: Mit einer Bezahlbar-Wohnen-Milliarde erhöhen wir die öffentliche Wohnraumförderung um zusätzlich eine Milliarde Euro pro Jahr und schaffen damit mehr bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen. Wir unterstützen damit insbesondere kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften vor Ort. Auch in Städten mit besonders hohen Mieten wollen wir bezahlbare Wohnungen für Menschen schaffen, die die Voraussetzung für eine Sozialwohnung nicht erfüllen, sich gleichzeitig die hohen Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt aber trotzdem kaum leisten können. Wir richten die öffentliche Wohnraumförderung noch stärker auf langfristig orientierte Investitionen aus. Denn öffentliche Förderung soll dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und nicht dazu beitragen, Immobilien kurzfristig aufzuwerten und anschließend gewinnbringend weiterzuverkaufen. Bei der Vergabe der Mittel wollen wir daher, dass diejenigen bevorzugt gefördert werden, die die Immobilien langfristig selbst bewirtschaften. So stärken wir die Investoren, die sich langfristig um die Immobilie kümmern und verhindern, dass öffentliche Fördermittel kurzfristigen spekulativen Geschäftsmodellen zugutekommen.

Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen zu können. Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders problematischer Immobilien. Übernachtungsplattformen wie Airbnb regulieren wir in angespannten Wohnungsmärkten, damit der begrenzte Wohnraum zum dauerhaften Wohnen, statt zur touristischen Vermietung zur Verfügung steht.

Wir schützen Mieter*innen zudem wirksamer vor steigenden Mieten, Verdrängung und Preisspekulationen. Wir wollen die Mietpreisbremse auf mehr Städte ausweiten und die Handlungsspielräume für Kappungsgrenzen und Umwandlungsschutz öffnen. So sollen Kommunen dort eingreifen, wo der Markt am angespanntesten ist. Wir gehen mit einer "Miet-Schutz-Offensive", gemeinsam mit den Kommunen, dem Mieterbund und den Verbraucherzentralen konsequent gegen überhöhte Mieten und Abzocke vor. Wir wehren uns, gegen Diskriminierung von Alleinerziehenden, Menschen mit kinderreichen Familien oder Menschen mit Migrationsgeschichte im Mietmarkt.

Mieten-Apps, die auf qualifizierten Mietspiegeln basieren, machen Mietpreise transparenter und helfen Mieter*innen, die Höhe ihrer Miete besser einzuordnen. Wir wollen einen digitalen Mieten-Check einrichten, der Mieter*innen die ortsübliche Vergleichsmiete für eine Wohnung anzeigt und Mietwucher transparent macht. So stärken wir Mieter*innen dabei, ihre Rechte zu kennen und wahrzunehmen und schaffen gleichzeitig Klarheit für Vermieter*innen, welche Miethöhe angemessen und rechtlich zulässig ist.

Für viele Menschen ist Wohneigentum weit mehr als nur ein Ort zum Wohnen – es steht für Freiheit, Selbstverwirklichung und Sicherheit. Doch inzwischen ist der Traum vom Wohneigentum für weite Teile der Gesellschaft, gerade für junge Menschen, völlig unerreichbar. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir wollen mehr Menschen ermöglichen, sich den Wunsch nach den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Dafür entwickeln wir die Eigentumsförderung des Landes weiter. Wir nehmen insbesondere die finanziellen Hürden beim Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums in den Blick und stärken den Erwerb und die Sanierung bestehender Immobilien.

Wir setzen Eigentumsförderung gezielt dort ein, wo sie bezahlbares Wohnen und im ländlichen Raum die Entwicklung der Ortskerne stärkt. So ermöglichen wir Eigentum, beleben bestehende Viertel und Dörfer und verbinden bezahlbares Wohnen mit Klimaschutz und einem sparsamen Umgang mit Fläche.

Bezahlbarer Wohnraum muss auch zu unterschiedlichen Lebenssituationen passen. Deshalb brauchen wir mehr kleine Wohnungen für Einpersonenhaushalte ebenso wie ausreichend große, bezahlbare Wohnungen für Familien und mehr barrierefreien und altersgerechten Wohnraum.

## Wohnungs- und Obdachlosigkeit entschlossen bekämpfen

Immer mehr Menschen in NRW sind wohnungs- oder sogar obdachlos. Wir verfolgen weiterhin das gemeinsame Ziel von EU, Bund und Land, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden und wollen alle Hebel auf Landesebene dafür in Gang setzen. Wir sichern das bewährte Housing-First-Konzept flächendeckend und verlängern dafür konsequent Landesinitiativen wie „Endlich ein ZUHAUSE!".

Jede neue Wohnungslosigkeit ist nicht nur eine persönliche Tragödie, sondern auch eine langfristige, kostenintensive Belastung unserer Sozialsysteme. Deshalb sorgen wir für eine frühzeitigere Informierung der Wohnungsfachstellen bei drohendem Wohnraumverlust.

Für wohnungslose junge Menschen und Frauen braucht es den Ausbau gezielter Angebote, die ein sicheres Zuhause als Grundlage schaffen, um wieder Stabilität, Perspektiven und Selbstständigkeit zu gewinnen.

### Nachbarschaften, die zusammenhalten

Ein gutes Zuhause ist mehr als eine Wohnung: Es ist auch die Nachbarschaft, in der man sich kennt, aushilft und zusammen älter wird. Deshalb wollen wir gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnformen erleichtern. Wir passen das Baurecht besser an ihre Bedürfnisse an und unterstützen Kommunen dabei, geeignete Flächen auch für Mehrgenerationenwohnen, Genossenschaften und andere gemeinschaftliche Wohnprojekte zu nutzen. Gemeinsam mit Genossenschaften und sozialen Trägern wollen wir bestehende Hürden bei Planung und Umsetzung abbauen. So wird Wohnraum effizienter genutzt, sinken die Kosten für die Einzelnen, und es entstehen soziale Netze, die soziale Isolation abbauen und den Zusammenhalt zwischen den Generationen im Alltag stärken.

Wir gestalten darüber hinaus eine Quartierspolitik, die gute Nachbarschaft und gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Dazu unterstützen wir Kommunen bei der Entwicklung altersfreundlicher Quartiere. Wohnortnahe Begegnungs- und Beratungsangebote, gut erreichbare Dienstleistungen und die aktive Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds ermöglichen es, möglichst lange selbstbestimmt im vertrauten Umfeld zu leben.

## Wir setzen uns für faire Löhne und gute Arbeit ein

### Tarifbindung stärken

Gute Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen werden am besten von starken Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verhandelt. Daher unterstützen wir regionale und branchenspezifische Dialoge der beiden Tarifpartner. Klar ist: Wer für das Land NRW Aufträge erfüllt, sollte seine Beschäftigten anständig bezahlen. Mit dem Tarifentgeltsicherungsgesetz haben wir deshalb bei öffentlichen Aufträgen in NRW dafür gesorgt, dass dort künftig Tarifentgelte zum Maßstab werden. Damit stärken wir faire Löhne und schützen tarifgebundene Unternehmen vor einem Wettbewerb, der auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird. Wir wollen hier nicht stehen bleiben und regelmäßig überprüfen, ob das Gesetz wirksam ist. Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung, wie etwa Reinigung und Pförtnerdienste, werden wir nicht weiter outsourcen.

Wir fördern den regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Landesregierung und erarbeiten gemeinsam mit ihnen einen landesweiten Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung. Wir unterstützen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen gerade in Branchen mit geringer Tarifbindung und hohem Unterbietungsdruck durch Branchendialoge und eine bessere

Datengrundlage , und setzen uns auf Bundesebene für den Abbau rechtlicher Hürden dafür ein. Tarifbindung und Mitbestimmung sollen künftig auch bei Wirtschaftsförderung, Bürgschaften und Transformationsmitteln eine Rolle spielen.

### Mitbestimmung stärken, prekäre Arbeit zurückdrängen

Die Behinderung von Betriebsratsgründungen und Betriebsratsarbeit ist kein Kavaliersdelikt und muss konsequent verfolgt werden. Deshalb bauen wir die Beratung für Betriebsratsgründungen und die Technologieberatungsstelle NRW aus. Besonders in der Paketbranche, bei Lieferdiensten oder in Teilen der Kosmetik- und Beautybranche wollen wir prekäre Beschäftigung zurückdrängen. Missbräuchliche Ketten aus Werkverträgen und Subunternehmen dürfen nicht länger dazu genutzt werden, Verantwortung für faire Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsschutz zu umgehen. Unser Ziel ist reguläre, tarifgebundene Beschäftigung statt undurchsichtiger Ketten.

Arbeitsschutz-Mindeststandards müssen für alle, die in NRW arbeiten, gelten, auch für EU-Arbeitnehmer*innen auf den Feldern, in Fleischbetrieben oder in der Logistik. Wir stärken den Arbeitsschutz und unterstützen die Einrichtungen der fairen Mobilität.

### Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz

Arbeitspolitik wollen wir stärker mit psychischer Gesundheit verbinden und psychische Belastungen systematischer in den Arbeitsschutz einbeziehen. Dazu gehören Prävention und Entstigmatisierung sowie eine bessere Beratung für Beschäftigte und Betriebe. Betriebliches Eingliederungsmanagement, Beratungsangebote zu gesunder Arbeit und die Rückkehr nach längeren Erkrankungen sollen verbessert werden, um Beschäftigte bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz besser zu begleiten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen unterstützt werden.

## Wir stärken Gesundheit und Pflege für alle Generationen

### Gesundheitschancen für alle – gerecht von Anfang an

Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und entscheidet über Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Menschen in benachteiligten Lebenslagen erkranken häufiger, leben oft kürzer und haben schlechteren Zugang zu Prävention und Versorgung. Deshalb wollen wir eine barrierefreie, diskriminierungssensible und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichern, bauen Sprachmittlung aus und fördern verständliche Gesundheitsinformationen. Weil Diagnostik und Therapie noch immer zu oft am männlichen „Normkörper“ ausgerichtet sind, bauen wir den Gender Health Gap konsequent ab, fördern Frauengesundheit in Forschung und Versorgung und sichern einen verlässlichen, wohnortnahen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung. Den Zugang zu HIV-Tests sowie zu PrEP und PEP wollen wir spürbar verbessern, unter anderem durch mehr kostenlose Testangebote. Gemeinsam mit den Akteur*innen

im Gesundheitswesen stärken wir zudem die Diversitäts- und Antidiskriminierungskompetenz in Aus-, Fort- und Weiterbildung und bauen kultursensible, barrierefreie Versorgungsangebote aus.

Rund 86 Prozent der Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt, meist von Angehörigen. Bis 2050 wird laut Modellrechnung des Statistischen Landesamts jede zehnte Person in NRW pflegebedürftig sein. Besonders belastet sind Alleinerziehende mit Pflegeverantwortung, Eltern von Kindern mit Behinderung oder chronischer Erkrankung. Wir wollen ihre Lebensrealität verbessern.

## Gesund aufwachsen: 1.000 Tage für einen guten Start

Den Grundstein für ein gesundes Leben legen wir in den ersten Lebensjahren. Mit einem neuen Projekt „Willkommen NRW-Babys – 1.000 Tage für einen gesunden Start ins Leben“ schaffen wir eine landesweite Präventionskette von der Schwangerschaft bis zum zweiten Geburtstag und beziehen dabei bewährte Programme wie “Elternstart NRW” ein. Gesundheits-Lots*innen begleiten Familien von Anfang an, vermitteln passgenaue Unterstützung und vernetzen Hebammen, Kinder- und Jugendärzt*innen, Frühe Hilfen und Beratungsstellen. Zugleich stärken wir die Kinder- und Jugendgesundheitsdienste der Gesundheitsämter, bauen Präventions- und Beratungsangebote in Kitas und Schulen aus und nutzen die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen gezielt dort, wo Kinder besonders häufig von Armut und gesundheitlichen Belastungen betroffen sind.

## Sichere Geburtshilfe und Versorgung von Schwangeren und Familien

Die Geburtshilfe in NRW steht unter erheblichem Druck. Fast jede zweite Hebamme denkt laut Studien darüber nach, den Beruf zu verlassen. Lange Anfahrtswege, Personalmangel und fehlende Eins-zu Eins-Betreuung stehen einer sicheren und selbstbestimmten Geburt entgegen. So wird auch Gewalt bei der Geburt begünstigt, deren gesundheitliche Folgen häufig lebenslang bestehen bleiben und gesellschaftlich noch immer tabuisiert werden.

Besonders freiberufliche Hebammen werden zusätzlich durch hohe Kosten für die Berufshaftpflicht aus dem Beruf gedrängt. Die Folgen zeigen sich unmittelbar in der Versorgungsrealität: Kreißsaalschließungen gefährden gerade im ländlichen Raum die Versorgungssicherheit von Schwangeren und Familien. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Erreichbarkeit und Qualität von Geburtsstationen zu sichern und Hebammen-Kreißsäle zu verstetigen. Um Hebammen im Beruf zu halten und neue Hebammen zu gewinnen sind bessere Arbeitsbedingungen, faire Vergütung und verlässliche Strukturen nötig. Die physische und psychische Gesundheit von Gebärenden gehört ins Zentrum einer respektvollen und bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung.

## Sichere Schwangerschaftsabbrüche und eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung

Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht und eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche Teilhabe.

Deshalb wollen wir den Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung in ganz NRW verlässlich sichern. Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah, niedrigschwellig und ohne Stigmatisierung Teil der regulären medizinischen Versorgung sein. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Frauen Zugang zu einer sicheren medizinischen Versorgung erhalten. Deshalb wollen wir bestehende Versorgungslücken schließen und sicherstellen, dass reproduktive Gesundheitsversorgung im Rahmen der Krankenhausplanung flächendeckend berücksichtigt wird. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Kenntnisse über Schwangerschaftsabbrüche verbindlich in der gynäkologischen Aus- und Weiterbildung verankert werden.

Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung endet jedoch nicht bei der reproduktiven Gesundheit. Frauen müssen in allen Bereichen des Gesundheitswesens die Versorgung erhalten, die ihren Bedürfnissen entspricht. Deshalb wollen wir Geschlechterunterschiede in Diagnostik, Behandlung und medizinischer Versorgung stärker berücksichtigen und Benachteiligungen abbauen. Die Angebote für Endometriose-Betroffene wollen wir ausbauen. Auch die Wechseljahre gehören selbstverständlich zu einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung. Noch immer werden Beschwerden nicht ausreichend erkannt und Betroffene finden nicht überall die Beratung und Behandlung, die sie benötigen. Wir wollen deshalb das Wissen über alle Phasen der Wechseljahre in der medizinischen Versorgung stärken, Fachkräfte besser qualifizieren und den Zugang zu evidenzbasierter Beratung und Behandlung verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Wechseljahre weiter enttabuisieren und auch in der Arbeitswelt stärker ins Bewusstsein rücken. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen Frauen unabhängig von Alter, Herkunft, Behinderung oder Lebensrealität einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung und gesundheitlicher Selbstbestimmung ermöglicht.

## Psychische Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein

Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Grundlage für Lebensqualität, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb behandeln wir sie als Querschnittsaufgabe und wollen psychischen Belastungen möglichst früh begegnen. Unser Ziel ist es, Prävention, Früherkennung sowie wohnortnahe und niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote auszubauen, damit Menschen frühzeitig die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

Dabei müssen Angebote die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen berücksichtigen: Wir wollen mehrsprachige und kultursensible Zugänge stärken, Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen und inklusive Angebote der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung sicherstellen. Menschen mit Fluchterfahrung brauchen zudem gezielte und niedrigschwellige Unterstützungsangebote.

Kein Kind und kein junger Mensch darf mit seelischen Belastungen allein gelassen werden. Kinder und Jugendliche brauchen frühzeitig und unkompliziert dort Unterstützung, wo sie leben, lernen und ihren Alltag verbringen. Dabei braucht nicht jede psychische Belastung sofort eine umfassende Psychotherapie. Deshalb wollen wir Psychotherapie neu denken, zusätzliche niedrigschwellige Angebote schaffen und die Prävention deutlich stärken. Gleichzeitig fördern wir die interdisziplinäre Zusammenarbeit, damit Psychotherapie, Jugendhilfe und

Sozialarbeit enger zusammenarbeiten und Hilfen besser aufeinander abgestimmt werden.

Wir fördern niedrigschwellige Beratungsangebote und Peer-Beratung an Schulen, Hochschulen, in der Arbeitswelt, in den Quartieren, der Suchthilfe und bei der Einsamkeitsprävention. Darüber hinaus wollen wir innovative Versorgungs- und Behandlungskonzepte erproben und wissenschaftlich begleiten. So gewinnen wir Erkenntnisse darüber, wie psychotherapeutische und psychosoziale Hilfen künftig schneller, bedarfsgerechter und besser miteinander verzahnt angeboten werden können. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen und wachsender Einsamkeit unter jungen Menschen prüfen wir zudem die Einrichtung niedrigschwelliger psychotherapeutischer und psychosozialer Ambulanzen.

Einsamkeit kann gesellschaftliche Teilhabe erschweren und den Zusammenhalt schwächen. Deshalb wollen wir Orte schaffen, an denen Menschen einander begegnen, Gemeinschaft erleben und Unterstützung finden können. In unseren Städten und Gemeinden sollen offene Begegnungsangebote für alle Generationen entstehen. Besonders wichtig ist uns, Kinder und Jugendliche frühzeitig vor sozialer Isolation zu schützen und ihnen Räume für Austausch, Zugehörigkeit und gemeinsames Erleben zu eröffnen.

## Kinder- und Jugendmedizin neu denken und besser aufstellen

Kinder und Jugendliche werden im Gesundheitssystem seit Jahren systematisch benachteiligt, obwohl Investitionen in ihre Gesundheit auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Wir wollen Gesundheitsfachpersonen stärker im Lebensumfeld von Kindern verankern, die Zusammenarbeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit Kitas und Schulen ausbauen, die Kinderkrankenpflege durch gezielte Ausbildungsförderung unterstützen und über telemedizinische Vorschaltangebote die Fehlinanspruchnahme von Notfallstrukturen reduzieren. Auch Prävention beginnt früh: Wir bauen Information, Wissensvermittlung und Beratungsangebote für Jugendliche zu sexuell übertragbaren Krankheiten und Drogen konsequent aus. Denn wer Risiken kennt, Warnsignale früh erkennt und weiß, wo es vertrauliche Unterstützung gibt, kann selbstbestimmter und verantwortungsvoller mit der eigenen Gesundheit umgehen. Prävention soll deshalb niedrigschwellig, altersgerecht und nah an der Lebenswelt junger Menschen stattfinden.

## Sucht- und Drogenpolitik ohne Kriminalisierung

Drogen wie Fentanyl, Crack und andere Substanzen zerstören Leben. Ein Ausstieg funktioniert aber nur, wenn die betroffenen Menschen diesen auch wollen. Eine moderne Sucht- und Drogenpolitik setzt deshalb so weit wie möglich auf Selbstbestimmung, klärt über Risiken auf und hilft suchtkranken Menschen dabei, Schäden durch riskanten Konsum zu verringern. Bei dieser Arbeit unterstützen wir die Kommunen und ihre bestehenden Angebote, um Menschen mit ihrem Konsumdruck nicht in lebensbedrohliche Lagen zu bringen. Die zielgruppenspezifischen Hilfsangebote und Beratungsstrukturen bauen wir aus. Damit wollen wir der Ausbreitung neuer Substanzen, wie Fentanyl und Crack, und damit einhergehenden Herausforderungen begegnen.

Wir setzen uns dafür ein, dass es in NRW Modellkommunen nach dem Züricher Modell geben wird. Prävention, Therapie, Schadensminderung und konsequentes Vorgehen

gegen den illegalen Drogenhandel müssen zusammengedacht werden. Menschen mit Suchterkrankungen brauchen Hilfe statt Ausgrenzung, zugleich wollen wir offene Drogenszenen verhindern und den öffentlichen Raum schützen.

Glücksspiel kann süchtig machen und Existenzen zerstören. Indem wir Zahlungsströme und den Zugang zu illegalen Online-Angeboten unterbinden, bekämpfen wir wirksam illegales Glücksspiel im analogen wie im digitalen Raum. Bei der Regulierung des legalen Marktes setzen wir auf Spieler*innen- und Jugendschutz, mit einem Verbot für Glücksspielwerbung, Glücksspiel-Streams und Glücksspielmechanismen in Videospielen. Gezielte Werbung bei Risikogruppen unterbinden wir wirksam.

Auch neuere Erscheinungsformen der Sucht, wie zum Beispiel Online- und Gaming-Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind, sind besorgniserregend. Jugend-, Suchthilfe und das Gesundheitssystem müssen dafür zielgruppengerecht zusammenarbeiten und Betroffene wie Angehörige einbeziehen; Therapieübergänge wollen wir spürbar verbessern. Rechtlichen Entwicklungen im Gaming-Sektor begegnen wir bei Bedarf mit gezielten Aufklärungskampagnen.

## Die richtige Versorgung am richtigen Ort

Mit der Krankenhausplanung haben wir die Versorgung in NRW grundlegend neu aufgestellt. Diesen Weg gehen wir weiter: Eine verlässliche Grund- und Notfallversorgung muss für die Menschen wohnortnah erreichbar bleiben, während spezialisierte Leistungen dort gebündelt werden, wo die notwendige Erfahrung, Qualität und Ausstattung vorhanden sind. Dabei richten wir die Krankenhausplanung am tatsächlichen regionalen Versorgungsbedarf aus und entwickeln die Standorte gemeinsam mit der ambulanten Versorgung weiter. Wir investieren weiter in die Modernisierung unserer Krankenhäuser und sorgen dafür, dass sie ihren Versorgungsauftrag auch angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels zuverlässig erfüllen können. Dabei denken wir ambulante Versorgung, Rettungsdienst und Krankenhäuser stärker zusammen und sorgen für verlässliche Übergänge zwischen Prävention, Behandlung und Nachsorge.

Wer im Notfall den Notruf wählt, muss sich darauf verlassen können, dass schnell die richtige Hilfe kommt. Dafür entwickeln wir das Rettungsgesetz weiter, erarbeiten mit den Kommunen eine landesweit einheitliche Rettungsdienstbedarfsplanung einschließlich der Luftrettung und setzen uns beim Bund dafür ein, dass alle Leistungen des Rettungsdienstes als Gesundheitsleistungen über die Krankenkassen abgerechnet werden können, damit Menschen, wo fachlich vertretbar, vor Ort versorgt werden und ein Krankenhausaufenthalt vermieden werden kann.

Ein gutes Gesundheitssystem orientiert sich an den Menschen, nicht an Zuständigkeiten. Deshalb soll jede*r Bürger*in eine Hausarztpraxis oder ein Primärversorgungszentrum haben, das die gesundheitliche Begleitung über alle Lebensphasen übernimmt. Wir fördern multiprofessionelle Primärversorgungszentren, in denen Ärzt*innen, Pflegefachpersonen, Community Health Nurses, Therapeut*innen, Hebammen und Apotheker*innen Hand in Hand arbeiten. Wir bauen Telemedizin und regionale Gesundheitsnetzwerke aus und stärken Gesundheitsregionen, die Kommunen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, Krankenhäuser und niedergelassene Gesundheitsberufe besser vernetzen. So

vermeiden wir unnötige Krankenhausaufenthalte und sorgen dafür, dass Menschen schneller die passende Behandlung erhalten.

## Pflege stärken, Leiharbeit fair regulieren

Nur 30 Prozent der Pflegekräfte können sich vorstellen, ihren Beruf bis zur Rente auszuüben. Obwohl das Tarifniveau in der Pflege in NRW bundesweit am höchsten ist, bleiben die Lohnunterschiede zwischen Menschen in Leiharbeit und direkt Angestellten hoch. Wir fordern, den Korridor für übertarifliche Bezahlung in der Refinanzierung auf 15 Prozent zu erhöhen und Nacht- und Wochenendzuschläge steuer- und abgabenfrei zu stellen. Die Vorteile von Leiharbeit – wie ein flexiblerer und selbstbestimmterer Arbeitseinsatz – können auch im Regelsystem erreicht werden. Gleichzeitig wollen wir den Bedarf an Leiharbeit durch Pflegepools, eine verbindliche und quartiersorientierte Pflegebedarfsplanung sowie mehr ambulante und wohnortnahe Pflegeangebote reduzieren. Wo Leiharbeit dennoch notwendig ist, um kurzfristige Personalengpässe aufzufangen, wollen wir sie zum Beispiel durch ein Verbot aggressiver Abwerbekampagnen, Zertifizierungspflichten und einrichtungsbezogene Obergrenzen stärker regulieren.

## Gesund älter werden – selbstbestimmt bis ins hohe Alter

Gute Gesundheits- und Pflegepolitik beginnt lange vor dem Beginn von Pflegebedürftigkeit. Wir investieren in kommunale Präventionsangebote, Bewegungsförderung und Sturzprävention sowie die Vernetzung von Reha-Angeboten mit der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Wir fördern altersgerechte Quartiere mit kurzen Wegen, barrierefreien Angeboten und Begegnungsorten, stärken Wohnberatung und diversitätssensible Pflege und bauen demenzfreundliche Kommunen sowie regionale Demenznetzwerke aus. Wir denken Bewegung und Gesundheitsförderung bei der Stadt- und Quartiersentwicklung mit und schaffen insbesondere für ältere Menschen mehr niedrigschwellige Bewegungs- und Trainingsmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Nachbarschaftstreffs und Mehrgenerationenorte wirken zugleich der Einsamkeit entgegen, die als ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko gilt.

## Digitalisierung und Innovation im Gesundheitswesen

Digitalisierung, Forschung und neue Technologien eröffnen enorme Chancen, wenn sie den Menschen dienen. Wir unterstützen Krankenhäuser, Gesundheitsämter und weitere landesgeförderte Einrichtungen dabei, interoperable, barrierefreie und datenschutzkonforme digitale Verfahren einzuführen, fördern digitale Modellprojekte und telemedizinische Netzwerke und setzen uns auf Bundesebene für eine nutzerfreundliche elektronische Patientenakte ein. Wir wollen NRW zum Vorreiter für einen verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen machen und dafür eine KI-Strategie entwickeln, die Forschung, Versorgung und Gesundheitswirtschaft zusammenbringt und den konkreten Nutzen für Patient*innen und Beschäftigte in den Mittelpunkt stellt. Künstliche Intelligenz kann Diagnostik, Therapie und Forschung unterstützen, ersetzt aber nicht die Verantwortung medizinischer Fachkräfte. Ihr Einsatz muss transparent, nachvollziehbar und diskriminierungsfrei bleiben. Wir fördern die Zusammenarbeit

von Hochschulen, Krankenhäusern, Gesundheitswirtschaft und Start-ups, damit Innovationen schneller in die Versorgung gelangen.

### Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Wir unterstützen Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen, den Rettungsdienst und den Öffentlichen Gesundheitsdienst dabei, sich mit Hitzeschutzkonzepten, Hitzewarnketten, klimaresilienten Gebäuden und Notfallplänen besser auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Green Hospitals sollen zu einem festen Bestandteil der Krankenhausentwicklung in NRW werden. Dazu gehören insbesondere wirksame Kühl- und Hitzeschutzmaßnahmen für Patient*innen und Beschäftigte, Klimaanlagen, energieeffiziente Gebäude, Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dachflächen, Batteriespeicher, nachhaltige Beschaffung und ressourcenschonende Prozesse. Von der Bundesregierung fordern wir, endlich für mehr Hitzeschutz und die notwendigen Voraussetzungen für Klimaanlagen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu sorgen. So investieren wir in den Klimaschutz, senken langfristig Betriebskosten und sorgen dafür, dass Krankenhäuser auch bei Hitzewellen und anderen Krisen leistungsfähig bleiben.

Gleichzeitig bauen wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter aus und verbessern Krisen- und Notfallpläne, damit unser Gesundheitswesen auch in künftigen Pandemien und anderen Krisen handlungsfähig bleibt.

## Wir bauen Inklusion und Teilhabe aus

Wir wollen,dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, sowie Neurodivergente selbstbestimmt und selbstverständlich mitten in unserer Gesellschaft leben können. Dass sie lernen und arbeiten können, wo andere es auch tun, dass sie verstanden werden und dazugehören – und dass sie selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten. Das ist für uns Inklusion. Daher setzen wir uns entschlossen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW ein. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Nichts über uns ohne uns": Wer über die Belange von Menschen mit Behinderungen entscheidet, muss sie von Anfang an einbeziehen, statt nur über sie zu sprechen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die im Bundesrat eingebrachte Initiative zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Eingliederungshilfe endlich umgesetzt wird und fordern eine Dynamisierung dieser Entlastung, damit Länder und Kommunen bei den steigenden Kosten nicht allein gelassen werden. Die Transparenz über Leistungs-, Kosten- und Organisationsstrukturen der Eingliederungshilfe verbessern wir weiter.

Wir wollen das Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose gerechter machen und die Leistungen konsequenter an den tatsächlichen Mehrbedarfen ausrichten. Zugleich wollen wir die Rechte auf barrierefreie Kommunikation und Information stärken. Denn wer Informationen nicht verstehen oder erreichen kann, wird von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist sozial gerecht und angesichts des Fachkräftemangels wirtschaftlich klug. Arbeit bedeutet aber noch mehr: Sie schafft Selbstständigkeit und Anerkennung. Diese Erfahrung muss allen Menschen offenstehen. Dafür spielen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen eine

wichtige Rolle. So wird durch den „NRW-Weg“ in NRW als einzigem Bundesland Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen und sehr hohen Assistenzbedarfen als Werkstattbeschäftigte eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht.

Der aktuelle Teilhabebericht zeigt positive Entwicklungen, aber auch, dass der Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausbaufähig ist. Wir bauen Inklusionsbetriebe aus, verbessern Übergänge in reguläre Beschäftigung und fordern von der Bundesregierung, den Prozess zur fairen Entlohnung von Werkstattbeschäftigten zügig und verlässlich finanziert fortzusetzen.

Inklusionspolitik muss sich an konkreten Fortschritten messen lassen. Auch das Land selbst muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Das neu eingeführte Fünf-Prozent-Ziel bei Neueinstellungen von schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Menschen in der Landesverwaltung wollen wir weiter verfolgen und dafür Hürden in Bewerbungsverfahren abbauen sowie die Landesverwaltung stärker als inklusiver Arbeitgeber sichtbar machen.